

Amerikanische Russlandpolitik und europäische Friedensordnung vor dem Hintergrund der Ukrainekrise. Dominanz qua Geopolitik¹

August Pradetto

Die Frage, die den nachfolgenden Ausführungen zugrunde liegt, bezieht sich auf den Konnex von US-amerikanischer Russlandpolitik und der Entwicklung sicherheitspolitischer Strukturen in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges. Dabei wird deutlich, dass die Politik Washingtons gegenüber Moskau und gegenüber Europa (als vor allem durch EU und NATO strukturierter Raum) eng verzahnt ist. US-Russlandpolitik ist US-Europapolitik, wie dies auch in der Bezeichnung der respektiven Abteilung im State Department, *Bureau of European and Eurasian Affairs*, zum Ausdruck kommt. Das wird auch unter dem US-Präsidenten Donald Trump in einer spezifischen Weise offenkundig. Ein Ergebnis der Analyse besteht im an sich nicht besonders neuen Befund, dass die NATO-Osterweiterung nicht nur ein wesentliches Element war, um die Neuordnung Europas nach dem Ende des Kalten Krieges in einer bestimmten Fassung zu organisieren. Sie war auch das bedeutsamste institutionelle Instrument, mit dem sich die US-Außenpolitik fortgesetzten Einfluss auf sicherheitspolitische und militärische, damit aber auch auf die inneren Verhältnisse in Europa sowie auf die Außenbeziehungen des Alten Kontinents garantierte. Gleichzeitig hat sie damit einen bedeutsamen Einfluss auf die europäische Russlandpolitik. Der inhaltlich und methodisch besondere Sachverhalt, der diesen Befund stützt, ist das Fallbeispiel US-Politik in der Ukraine-Krise seit 2013, das zur NATO-Osterweiterungspolitik als Faktor amerikanischer Russland- und Europapolitik in Beziehung gesetzt wird.

Dabei kann es hier nur in groben Zügen um eine Rekonstruktion US-amerikanischer Ukrainepolitik in einem bestimmten Zeitabschnitt

1 Die Ausführungen, die sich auf den Krisenverlauf 2013/2014 in der Ukraine sowie die damit einher gehende Geopolitisierung beziehen, basieren teilweise auf August Pradetto, „Die Ukraine-Krise: Geopolitik und Identität im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen“, DIE FRIEDENS-WARTE, Heft 89 (2014), 1–2, S. 31–58.

gehen. Ebenso wenig ist an dieser Stelle eine historische Betrachtung US-amerikanischer Russlandpolitik möglich. Ziel ist es vielmehr, die Ukrainepolitik der USA thesenartig einerseits als eine Funktion US-amerikanischer Europa- und Eurasienpolitik darzustellen, die sich nicht zuletzt in der NATO-Osterweiterungspolitik manifestiert, andererseits diese Politik auf die ideellen, strukturellen und akteursbezogenen Determinanten zu beziehen, die der US-Politik gegenüber Europa seit dem Ende des Kalten Krieges generell zugrunde liegen. Diese Betrachtung macht deutlich, dass die Entwicklung seit 2013 den Gestaltungsspielraum europäischer Politik bezüglich seiner eigenen sicherheitspolitischen Verfasstheit wie auch nach außen im Allgemeinen und gegenüber Russland im besonderen noch weiter eingeschränkt hat. Die europäische Friedensordnung ist heute mehr als je in den vergangenen 25 Jahren von der jeweiligen Interessendefinition und der Agendasetzung Washingtons abhängig. Die Konfusion, die nach der Wahl Trumps in Bezug auf das Ordnungsgefüge in Europa auftrat, bestätigt diese Aussage – jedenfalls solange keine eigenständige Positionierung der EU erfolgt, und diese ist heute weniger als in der Vergangenheit in Sicht.

Postbipolare Reorientierung: Geopolitik statt kooperative Sicherheitsordnung

Washington, insbesondere die Europa-Abteilung im State Department, setzte bald nach dem Ende des bipolaren Zeitalters wieder auf eine stärker konfrontative Russlandpolitik. Noch unter Clinton gewannen in der zweiten Hälfte der 1990er zwei Stränge US-amerikanischer Außenpolitik an Einfluss: die geostrategische Orientierung, die auf eine möglichst weitgehende Ausdehnung US-amerikanischer Machtpositionen zielte und sich u. a. in der Schrift Zbigniew Brzezinskis mit dem programmatischen Titel „Die einzige Weltmacht“ manifestierte². Darin wird eine Politik gefordert, die den „unipolaren Moment“ nutzt, um vor der unvermeidlichen Relativierung US-amerikanischer Macht durch neu aufsteigende Mächte wie China möglichst viele Positionen zu besetzen, um die weitere Entwicklung auf dem Globus steuern zu können.

2 Zbigniew Brzezinski, *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* (New York: Basic Books, 1997).

Nicht dass Brzezinskis Buch diese Politik bewirkt hätte; es reflektierte vielmehr (und verstärkte eventuell) einen politischen Trend.

Der zweite Strang war eine Mischung aus internationalistischem Demokratisierungsimpetus, Wilsonianischen Institutionalismus, der die Einbindung von Ländern und Akteuren in bestehende oder zu schaffende Regime, Regeln und Organisationen als für Sicherheit, Wohlfahrt und Freiheit vorteilhaft erachtet, und dem Anliegen US-amerikanischer Politik, auf eine solche Entwicklung an führender Stelle Einfluss zu nehmen. Diese Richtung wurde in der Clinton-Administration etwa durch Vizeaußenminister Strobe Talbott oder den Europa-Beauftragten im Außenministerium, Ronald Asmus, repräsentiert.

Beiden Strängen liegt eine gemeinsame Überzeugung zugrunde: dass die USA die maßgebliche Weltmacht seien, die ein quasi natürliches Recht auf Dominanz in der globalen Ordnungspolitik innehave, dass diese Dominanz auch das Beste für den Rest der Welt sei, und dass die daraus abgeleiteten Interessen US-amerikanischer Außenpolitik unbedingten Vorrang hätten.

Beide Denkströmungen wirkten zusammen bei der Neuorientierung der US-Europapolitik in den 1990er Jahren und setzten sich gegenüber Positionen durch, die entweder einen Rückzug aus dem europäischen Engagement befürworteten, weil die Mission der Verteidigung der Freien Welt gegen den Kommunismus mit dem Kollaps von Warschauer Pakt und Sowjetunion erfüllt und die Europäer nun selbst für ihre weitere Entwicklung verantwortlich seien. Oder die auf eine stärker liberale, d.h. auf wirtschaftliche Verflechtung ausgerichtete, kooperative Globalpolitik setzten, weil mit dem „Sieg des Westens“ die weltweite Determiniertheit des internationalen Systems durch ideologische und militärische Konfrontation ihre Grundlage verloren habe. Sie dominierten auch über neorealistische Positionen, die in einer aktiven Verschiebung des neu entstandenen Kräfteparallelogramms zugunsten des Westens und vor allem einer Ausdehnung seiner militärischen Organisationen eine Gefährdung des sicherheitspolitischen Gleichgewichts und entsprechende Reaktionen anderer Akteure mit letztlich auch für die USA negativen Folgen prophezeiten³.

3 Im US-internen Diskurs manifestierte sich der Konnex Geopolitisierung und Demokratisierungsimpetus bzw. Regimechange-Politik in der Auseinandersetzung zwischen einer größeren Gruppe von „Neorealisten“ auf der einen und „liberalen Internationalisten“ auf der anderen Seite. Erstere warfen Letzteren vor, sie blendeten in der internationalen Politik Fragen der militärischen Balance, des

Es war diese Reorientierung, die Washington in die eine Himmelsrichtung zu einer „pazifischen Wende“ vor allem zur Absicherung des Raums gegen China veranlasste. In die andere, die atlantisch-europäische Richtung, führte sie von der Ablehnung einer Erweiterung der NATO in der ersten Hälfte der 1990er zu einer Befürwortung ab Mitte dieses Jahrzehnts. Auf dem Prager Gipfel der Allianz Anfang 1994 hatte Washington noch das Programm *Partnership for Peace* durchgesetzt als Zugeständnis und Ersatz für Erweiterungsbestrebungen, die von einigen europäischen Mitgliedern vorangetrieben und von einigen ostmitteleuropäischen Eliten – insbesondere der polnischen – gefordert worden waren. Dieses Partnerschaftsprogramm umfasste alle postkommunistischen Länder, auch Russland. Die genannte Umorientierung in der US-Außenpolitik führte auf einem weiteren Gipfel der Allianz in Madrid drei Jahre später zum Beschluss, Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO aufzunehmen.

Die Proteste Russlands, dies stelle einen Bruch der Vereinbarungen dar, die im Verlauf der Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung getroffen worden waren, und widerspreche den in diesem Kontext entwickelten Vorstellungen von einem „gemeinsamen Haus Europa“, wurden

strategischen Gleichgewichts und der Verschiebung von Machtpotenzialen sowie daraus resultierende Sicherheitsdilemmata weitgehend aus. Tatsächlich verabsolutierten die Internationalisten den liberalen Demokratisierungsansatz in zweifacher Hinsicht: erstens hinsichtlich des Anspruchs zu definieren, wann in Bezug auf Objekte liberaler Demokratisierungspolitik von Demokratie und Demokraten gesprochen werden könne und wann nicht; und zweitens in Bezug auf die Gleichsetzung westlicher Außenpolitik mit legitimer Verfolgung und Etablierung von Demokratie. Aus dieser Auffassung resultierte die selbst erteilte Lizenz zur externen Einmischung und zur Unterstützung jener Kräfte, die man für Demokraten hielt oder zu solchen erklärte. Und daraus folgte simultan die Vernachlässigung oder sogar Negation der Lagebeurteilung unter strategischen Aspekten: Da dem Westen a priori die Legitimität der Unterstützung „demokratischer Kräfte“ und des Demokratieexports zugesprochen wurde, traten bei der Analyse der Lage strategische Aspekte in den Hintergrund. Paradigmatisch siehe den Offenen Brief von mehr als 40 früheren US-Senatoren, Ministern, Botschaftern, Rüstungskontroll- und Außenpolitikexperten an Bill Clinton, die im Juni 1997 – einen Monat vor dem Madrider Gipfel – vor einer NATO-Osterweiterung warnten, unter ihnen George Bunn, Bill Bradley, David Calleo, Richard Davis, Gordon Humphrey, Carl Kaysen, Edward Luttwak, Michael Mandelbaum, Richard McCormack, Robert McNamara, Paul Nitze, Sam Nunn, Richard Pipes, Paul Warnke und James Watkins. Vgl. Open Letter to President Clinton (1997): Global Beat. Former Policy-Makers Voice Concern Over NATO Expansion. June 26, 1997. <http://www.bu.edu/globalbeat/nato/postpone062697.html> (abgerufen am 8.3.2016)

zurückgewiesen. Zwei Argumente spielten vorrangig eine Rolle. Erstens hätte Moskau kein Veto bei Entscheidungen, die souveräne Staaten oder die NATO als Organisation treffen. Und zweitens sei die Moskauer Begründung nicht stichhaltig, weil die Allianz keine Bedrohung für Russland darstelle. Aufgegriffen wurden die Moskauer Einwände insofern, als ein eigens im Brüsseler Hauptquartier eingerichteter NATO-Russland-Rat Bedenken „abfedern“ und die ständige Diskussion von Sicherheitsfragen zwischen Brüssel und Moskau gewährleisten sollte.

Die unter dem Gesichtspunkt der beidseitigen Reorientierung auf abgrenzende Geopolitik statt inkludierende Kooperation prekäre Entscheidung bestand zudem in der Stilisierung der NATO zur „einzig funktionierenden Sicherheitsorganisation“ auf dem europäischen Kontinent bei gleichzeitiger Exklusion Russlands aus diesem Sicherheitsbündnis. Diese Konstruktion setzte sich gegen alle Bemühungen durch, eine „Europäisierung“ europäischer Sicherheit und gesamteuropäische oder darüber hinausgehende Lösungen wie die OSZE zu etablieren. Moskau durfte am „Tisch 2“ des Russland-NATO-Rats Platz nehmen, wo vor allem jene Themen besprochen werden sollten, bei denen Russland der NATO nützlich sein konnte. Je nach Bedarf wurde dieser Rat auch zur öffentlichen Bestrafung und Degradierung oder auch als Lob und Lockmittel genutzt. Die NATO blieb eine militärische Organisation, die die Option einer Gegnerschaft zu Russland nie aufgab, auch wenn das NATO-Strategiekonzept von 2010 den Willen zu einer „wirklichen strategischen Partnerschaft“ bekundete⁴.

In Wirklichkeit wurde die neue sicherheitspolitisch-militärische Grenzziehung und die Delegitimierung Moskauer Einwände auch noch durch eine Dimension ergänzt, die Russland tendenziell bzw. bei Bedarf als einen Akteur charakterisierte, der aufgrund identitätsbezogener Eigenschaften nur ein beschränktes Recht auf Mitsprache habe. Dies kam etwa in der Einstufung jeglichen russischen Vetos im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als „Blockade“ zum Ausdruck, vor allem seit der unterschiedlichen Auffassung über das von den USA favorisierte militärische Eingreifen in der Kosovo-Krise 1998/99. Diese Wertung verband sich mit einer systemischen Abgrenzung wie in vergangenen Sowjetzeiten, ungeachtet der Tatsache, dass nie in den 45 Jahren zuvor so viele gemeinsame Initiativen und Beschlüsse in den VN getroffen worden waren wie in der Zeit nach

4 Vgl. NATO (2010): Active Engagement, Modern Defence – Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation adopted by Heads of State and Government in Lisbon.

dem Ende des Kalten Krieges: Die westliche Politik legitimiere sich schon aufgrund des demokratischen Charakters ihrer Protagonisten; dem gegenüber wurde die Haltung Moskaus, immer wenn diese von der westlichen abwich, mit Hinweis auf ihren „demokratiedefizitären“ Charakter delegitimiert. Vetos westlicher Staaten im Sicherheitsrat (z. B. im Falle von auf Israel bezogenen Resolutionen) wurden dagegen wie selbstverständlich nicht als „Blockade-Politik“ gewertet, sondern als Ausdruck legitimen Handelns demokratischer Staaten, zugunsten des „einzigen demokratischen Staates im Nahen Ostens“.

Verfolgt man die politische und rhetorische Beschäftigung mit Russland nach dem Kosovo-Krieg insbesondere in den USA, dann wurde zwar nach wie vor von postbipolarer „neuer Gemeinsamkeit“, Kooperation und strategischer Partnerschaft gesprochen. Aber im Diskurs über divergierende Interessen und Auffassungen wurde „der Westen“ wieder immer mehr das Synonym für das Richtige und Gute, „Russland“ im Streitfall zum Synonym für das Negative, das dieses Land, seine Eliten und seine Politik schon immer ausgezeichnet habe. Diese „Existenzialisierung“ in systemischen Kategorien war wiederum einer der Katalysatoren geopolitischen Denkens und der sich verfestigenden Auffassung, die Transformation in Russland müsse „vollendet“ werden, wobei die zugrunde liegenden Kriterien die von Washington definierten Parameter waren. Umgekehrt war auf russischer Seite die Entwicklung analoger Muster deutlich. „Der Westen“ wurde zunehmend mit seiner „imperialistischen Tradition“ gleichgesetzt, gegen das sich ein von Eindämmung und Einkreisung bedrohtes Russland, das jetzt endgültig als europäischer und globaler Machtfaktor vernichtet werden solle, zu wehren habe. Und jede Seite wertete die Darstellung durch den Anderen als bössartige Denunziation und sah sich dadurch in der negativen Beurteilung des Anderen bestätigt.

Geht man unter institutionalistischen Gesichtspunkten von der Existenz eines Zielkonflikts aus, einerseits neben der EU auch über die NATO in Europa möglichst schnell eine „Zone des Wohlstands, der Demokratie und des Friedens“ schaffen zu wollen, wie es in den Dokumenten heißt, die diese Politik begründeten, und andererseits die damit verbundenen geopolitischen Friktionen möglichst gering zu halten, wäre insbesondere gegenüber Russland eine viel stärkere Einbindung in NATO und EU angebracht gewesen.

Stattdessen wurde trotz voraussehbarer Probleme, die die Anwendung geopolitischer Muster auf die letzte „Zwischenzone“ hin zu Russland zu zeitigen drohte, diese Politik auch in die Ukraine weitergeführt. Dass die EU sich daran beteiligte und ihre Nachbarschaftspolitik gegenüber dem

Osten Europas vor allem bilateral konzipierte, statt eine regional-multilaterale, Russland inkludierende Strategie zu verfolgen⁵, hat in der Konsequenz die Identifikation Russlands mit Europa (und die damit verbundene Affinität zu internationalen Normen) geschwächt⁶. Diese Aussage stellt keine Legitimierung der Rückkehr Moskaus zu außenpolitischem Denken in geopolitischen Kategorien, zur Militarisierung seiner Außenpolitik und zu russischer Interventionspolitik dar. Sie macht aber den Kontext deutlich, in dem sich diese Reorientierung und die Verstärkung derartiger Denk- und Politikmuster vollzog.

Die Initiative lag nach dem „Sieg“ im Kalten Krieg beim Westen. Auf der Ebene operativer Umsetzung von Geopolitik kann die Kosovo-Intervention (gegen das Veto Russlands) und der Krieg der NATO gegen Serbien 1999 als Wendepunkt für diesen Prozess der Entfremdung und des Rückfalls in alte Muster erachtet werden. Damit verstärkte sich auch wieder jener Trend, der sich in der außenpolitischen Kultur ohnehin als wesentliche Determinante durch die Geschichte russischer Außenpolitik zieht: eine realpolitische Weltsicht, die Veränderungen wie die Erweiterung westlicher Organisationen als Nullsummenspiel begreift; Befürchtungen, unter nachteiligen Bedingungen zum Opfer militärischer Angriffe aus dem Westen werden zu können. Ausdruck dessen war u. a. die ab 2005 entwickelte Militärdoktrin der Russischen Föderation (veröffentlicht 2010), die von einer Verschärfung der Sicherheitslage des Landes ausging. Als externe militärische Gefahren wurden vor allem die Selbstlegitimierung der NATO für weltweite Einsätze außerhalb der Verteidigungsfunktion und außerhalb des VN-Sicherheitsrats, die Stationierung von NATO-Truppen in an Russland grenzenden Ländern, der Aufbau eines Strategischen Raketenabwehrsystems, die „Militarisierung des Weltraums“ durch neue Waffensysteme sowie die „Verletzung“ bzw. „Nichtbeachtung“ internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge genannt, womit die Kündigung des ABM-Vertrags 2002 durch Washington und die Weigerung der NATO gemeint waren, den Angepassten KSE-Vertrag von 1999 zu ratifizieren⁷.

5 Vgl. Georgi Pirinski, „Eastern Partnership 2.0? The Eastern Partnership needs Reconceiving“, http://www.fes.de/international/moe/pdf/Eastern_Partnership_2.0.pdf (abgerufen am 8.3.2016).

6 Vgl. Ted Hopf, „Russia's Identity Relations with Europe, the EU, and the United States: 1991–2007“, <http://www.norface.org/files/sl-hopf.pdf> (abgerufen am 10.8.2014), 2007.

7 Vgl. Russische Militär-/ Sicherheitsdoktrin 2010 (Военная доктрина Российской Федерации 5 февраля 2010 года), http://news.kremlin.ru/ref_notes/461 (abgerufen

Klar wurde jedenfalls für die Politiker in Moskau, dass sie keine Macht hatten, der Ausdehnung der NATO etwas entgegenzusetzen. Deutlich wurde außerdem, dass geopolitische und militärische gegenüber Kooperationskategorien im Verhältnis zwischen den Staaten wieder stärker in den Vordergrund traten. Vor allem die polnische Führung begründete ihren Beitrittswunsch – und ihren Wunsch nach Beitritt möglichst vieler ehemaliger Warschauer-Pakt-Mitglieder und nichtrussischer ehemaliger Sowjetrepubliken – mit der Furcht vor einem Revisionismus Moskaus, vor dem die NATO-Mitgliedschaft schützen und den großen Nachbarn im Osten abschrecken sollte. Warschau machte deutlich, dass die Integration in die „transatlantische Gemeinschaft“ keineswegs nur den identitätsbezogenen Wunsch nach einer „Rückkehr nach Europa“ spiegelte, sondern auch und gerade den nach einer militärischen Absicherung und Abgrenzung der gesamten NATO gegen Russland.

In den USA gab es autoritative Stimmen, die von Anfang an vor dieser Art von Politik gewarnt hatten, und zwar vor allem aus dem Kreis der „Neorealisten“. George Kennan schrieb kurz nach dem ersten Erweiterungsbeschluss, dies wäre ein „tragischer Fehler“, für den es „absolut keine Veranlassung“ gäbe, denn „niemand hat irgendjemand anderen bedroht“. Diese „Fehlentscheidung“ werde sich aber negativ auf die russische Politik auswirken⁸.

Die Ukraine-Krise als Ausdruck ideologischer, struktureller und personeller Veränderungen in den Beziehungen zwischen den USA und Russland

Die Politik Warschaws war vor dem Hintergrund einer in hohem Maße auf die Historie der polnisch-russischen Beziehungen seit den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts rekurrierenden Selbstwahrnehmung und geopolitischen Selbstverortung einerseits, dem auf das eigene Land bezogenen Transformationsimpetus (NATO-Mitgliedschaft als „Türöffner“ für eine EU-Mitgliedschaft) andererseits nachvollziehbar. Sie bestätigten und verstärkten

am 8.3.2016) (deutsche Version: Übersetzung des Bundespräsidialamts v. 18.2.2010); Margarete Klein, „Russlands neue Militärdoktrin 2020“, SWP aktuell 21, März 2010; Hans-Joachim Schmidt und Harald Müller, *Zwischen nationaler Selbstbehauptung und Kooperationssignalen: Zur Einschätzung der neuen russischen Militärdoktrin*, HSKF-Report 1/2010.

8 George F. Kennan, „A Fateful Error“, New York Times, February 5, 1997.

in Russland allerdings – im Zusammenwirken mit weiteren Faktoren und Entwicklungen – jene Strömungen, die ebenfalls Vorstellungen einer kooperativen gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur misstrauten und stattdessen eine Ausrichtung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik in geopolitischen Kategorien forderten. Und diese Tendenz brach sich Bahn, als vier Entwicklungen zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges fast gleichzeitig passierten: neben dem von der NATO ohne Mandat der VN und gegen den Einspruch Moskaus geführten Krieg gegen Serbien die Ablösung Jelzins durch Putin, die neokonservative Wende in den USA mit der Wahl von G. W. Bush zum US-Präsidenten im Jahre 2000 sowie die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon im September 2001.

Die strukturellen Verschiebungen und die sukzessive Akzentuierung abgrenzender Elemente in der außenpolitischen Kultur wurden dynamisiert durch gravierende personelle Veränderungen sowie die Inszenierung der Terroranschläge in New York und Washington als historisches Ereignis in der Größenordnung der japanischen Bombardierung Pearl Harbors im Dezember 1941, die das Eingreifen der USA im Zweiten Weltkrieg auslöste. Unmittelbar nach der Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion hatten sich mit Bill Clinton in den USA und Boris Jelzin in Russland zwei liberale Vertreter ihrer jeweiligen Interessen gegenüber gestanden. Mit George W. Bush und Vladimir Putin kamen zehn Jahre später die „Realisten“ zurück und damit eine auf beiden Seiten stärker geo- und machtpolitisch definierte Außenpolitik. „9/11“ wirkte als Katalysator.

Als Fazit kann von einer vor allem seit Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre sichtbaren Geopolitisierung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland gesprochen werden. Mit Putin übernahm ein Politiker die Führung in Moskau, der nicht nur das innenpolitische Chaos und die Macht der Oligarchen (vor allem jener, die ihm kritisch gegenüber standen) einschränken, sondern auch nach außen hin die „Würde der Nation“ wiederherstellen und international die „legitimen Interessen Russlands“ berücksichtigt sehen wollte. Das beinhaltete sowohl die Vorstellung einer „natürlichen“ russischen Einflusszone in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion als auch die Wiedererringung einer globalen Machtstellung und ein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht in internationalen Angelegenheiten⁹.

9 In der neuen russischen Sicherheits-/ Militärdoktrin 2010 und in der neuen Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation 2013 ist der in den Dokumenten von 1999 noch verwendete Begriff des „Nahen Auslands“ nicht mehr zu finden,

Unter George W. Bush mündeten die unter Neokonservativen wie unter „Internationalisten“ der Demokratischen Partei verbreiteten Ansichten über die Notwendigkeit einer „pro-aktiven Außenpolitik“ nicht nur in die Kriege in Afghanistan und Irak, sondern auch in die Strategie einer möglichst umfassenden Erweiterung der NATO im Nordosten, Osten und Südosten Europas. Die in der Präsidentschaft Bill Clintons noch erkennbare geopolitische Sensibilität¹⁰ ging angesichts der radikalen Vorstellungen der Führungsriege um den nachfolgenden Präsidenten verloren. Wäre es nach dem Willen des Weißen Hauses gegangen, hätte spätestens der NATO-Gipfel 2008 – wenige Monate vor dem Ende der Amtszeit Bushs – einen Beschluss zur Aufnahme der Ukraine und Georgiens gefällt.

Bereits kurz nach dem Amtsantritt von George W. Bush hatte die US-Administration die Aufnahme der Ukraine (wie auch Georgiens) in die NATO zu propagieren begonnen. Die Mehrheit der europäischen Politiker war allerdings dagegen. Aber schon damals ging ein Riss durch die Allianz, der sich nicht nur auf die Befürwortung oder Ablehnung einer Invasion in den Irak bezog, sondern auch auf die Erweiterung der NATO und die Politik gegenüber Russland. Das Allianz-Neumitglied Polen sowie eine Reihe anderer osteuropäischer Länder, die in die NATO wollten, unterstützten das Ukraine- und Georgien-Projekt der US-Regierung, konnten sich aber nicht durchsetzen¹¹.

vielmehr wurde er durch „sphere of interest“ (Einflusssphäre) ersetzt. Zu den Strategieveränderungen in der russischen Doktrin vgl. Marek Menkiszak, „The Putin doctrine: The formation of a conceptual framework for Russian dominance in the post-Soviet area“, *OSW Commentary* No. 131, Centre for Eastern Studies; Greg Simons, „Nation Branding and Russian Foreign Policy“, *UI Occasional papers* 21, October 2013, <http://www.ui.se/eng/upl/files/97515.pdf> (abgerufen 8.3.2016); Francisco J. Ruiz González, *The foreign Policy Concept of the Russian Federation: A comparative Study*, Instituto Español de Estudios Estratégicos, http://www.ieee.es/en/Galerias/fichero/docs_marco/2013/DIEEEM06–2013_Rusia_ConceptoPoliticaExterior_FRuizGlez_ENGLISH.pdf (abgerufen am 8.3.2016), 2013; Craig S. Baumgartner, *Russia's Strategic Window of Opportunity in Eurasia*, US Army War College, Institute for National Security and Counterterrorism, http://insct.syr.edu/wp-content/uploads/2013/02/AWCReport_2013_Baumgartner_FINAL.pdf (abgerufen am 22.03.2017); Stephen J. Blank (Hg.), *Russian Military Politics and Russia's 2010 Defense Doctrine*, SSI Monograph, Carlisle, 2011, http://www.clingendael.nl/sites/default/files/20110300_haas_doctrine.pdf (abgerufen am 8.3.2016)

10 August Pradetto, „Die Krim, die bösen Russen und der empörte Westen“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 5/2014, S. 73–78.

11 Beschlossen wurde aber die Aufnahme Kroatiens und Albaniens. Georgien und der Ukraine wurde eine „Beitrittsperspektive“ zugesichert.

Das hinderte die US-Führung (und den damaligen Generalsekretär der NATO, Jaap de Hoop Scheffer) nicht, diesen Plan mit der im Jahre 2005 im Gefolge der „Orangen Revolution“ an die Macht gekommenen ukrainischen Führung unter Juschtschenko, Tymoschenko und Jazenjuk weiter zu verfolgen und sie (wie auch die georgische Führung) schließlich einzuladen, auf dem Gipfel in Bukarest im April 2008 die Aufnahme in das Bündnis zu fordern. Die ukrainische Führung setzte sich so mit Unterstützung Washingtons sowohl über den fehlenden innerukrainischen Konsens bezüglich der außenpolitischen Orientierung des Landes (ein NATO-Beitritt wurde sowohl von der Mehrheit im Kiewer Parlament wie auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt), als auch über die Proteste Russlands bezüglich einer weiteren Ausdehnung der NATO an seine Westgrenze hinweg. Neben der katastrophalen ökonomischen Performanz, der Korruption und der Ausplünderung des Landes durch Oligarchen, die eng mit der politischen Führung verbunden waren, war es auch dieses Verhalten der Regierung Juschtschenko, das im Jahre 2010 zur Abwahl dieser Politiker und zum Erfolg des nach Westen wie nach Russland offenen Wiktor Janukowytsch von der Partei der Regionen führte.¹²

Die russisch-westliche Auseinandersetzung über die militärisch gestützte Regimewechselpolitik, die ab 2011 im Nahen Osten und Nordafrika insbesondere von Seiten der USA, Frankreichs und Großbritanniens eingeschlagen wurde (Sturz Gaddafis in Libyen 2011, Unterstützung gegen Assad kämpfender Rebellen in Syrien ab 2012, Vorbereitung militärischen Eingreifens im Iran 2013), wurde bereits vorrangig in geopolitischen Kategorien ausgetragen.¹³ Dieser Streit kulminierte im Jahre 2014 dort, wohin sich nun 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges in Europa die westlichen

12 Zur überwiegend positiven westlichen Bewertung des neugewählten Präsidenten Janukowytsch siehe paradigmatisch Handelsblatt (26.02.2010): „Janukowitsch kündigt West-Kurs an.“

13 William Lesley Clark, ehemaliger Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa und militärischer Befehlshaber im Kosovo-Krieg, erzählte bei einer Veranstaltung des Commonwealth Club in San Francisco im Jahre 2007, was im Weißen Haus und im Verteidigungsministerium kurz nach 9/11 beschlossen worden war: die militärisch unterlegte „Transformation“ von sieben muslimischen Ländern in diesem Raum in fünf Jahren – abgesehen vom bereits „befreiten“ Afghanistan. Es handelte sich um Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran. Siehe Wesley Clark (NATO-General) 2007: „Wir werden 7 Länder angreifen und deren Regierungen stürzen“, <https://www.youtube.com/watch?v=wFixu8HDxOQ> (letzter Zugriff 29.3.2017).

Grenzen verschoben hatten, und wo der Westen – in Moskauer Sicht – teilweise auch auf „urussisches“ Gebiet zugreifen wollte¹⁴.

In der Ukraine-Krise 2013/14 eskalierte also die geopolitische Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland. Dies war der Fall, weil Moskau in seinem Nachbarland mit einer weitgehend sowohl ukrainisch- als auch russisch-sprechenden Bevölkerung, die insbesondere im östlichen und südlichen Teil des Landes viele Verbindungen, historische Affinitäten und Loyalitäten zu Moskau aufweist, anders Einfluss nehmen konnte als in vorangegangenen Auseinandersetzungen, etwa anlässlich des NATO-Beitritts der baltischen Staaten. Der Ukraine-Konflikt war insofern vorprogrammiert, als er sich vor allem seit Anfang der 2000er Jahre sukzessive zu diesem Punkt hochschaukelte; Anzeichen dafür gab es eine ganze Reihe.

Unter dem Aspekt ideologischer und politischer Konstellation, die in Washington die Russlandpolitik determinierten, ist die eingangs beschriebene Konvergenz und Dominanz neokonservativer und radikalliberal-internationalistischer Einstellungen und Akteure sowie ihr ab „9/11“ wachsender, pro-aktiver Expansionismus bedeutsam. Warnungen vor der Entstehung eines neuen Sicherheitsdilemmas und Spannungen prallten an ihnen ab. Vergleiche mit westlichem Verhalten in analogen Situationen blieben außerhalb ihres Horizonts¹⁵. Die neokonservative Strategie speiste sich aus einer ins Extrem getriebenen Vorstellung, die Überlegenheit der

14 Vgl. Vladimir Putin, „Rede des russländischen Präsidenten Vladimir Putin am 18. März 2014 im Kreml vor den Abgeordneten der Staatsduma, den Mitgliedern des Föderationsrates, den Leitern der Regionalverwaltungen und Vertretern der Zivilgesellschaft“, Dokumentation, Übersetzung aus dem Russischen, in: *Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg*. Osteuropa, Heft 5–6/ Mai–Juni 2014, S. 87–99, 94ff.

15 Genau solche Vergleiche zog z. B. in der Ukraine-Krise 2014 der Neorealist Mearsheimer: „Imagine the American outrage if China built an impressive military alliance and tried to include Canada and Mexico.“ Und in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, sich einer Allianz anzuschließen: „Did Cuba have the right to form a military alliance with the Soviet Union during the Cold War?“ (John Mearsheimer, „Why The Ukraine Crisis Is The West’s Fault“, *Foreign Affairs*, September/October 2014. <http://groong.usc.edu/news/msg511555.html> (abgerufen am 26.8.2014)) – James Bindenagel, ehemals Gesandter an der US-Vertretung in Ost-Berlin und später an der Botschaft in Bonn, sprach im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise ebenfalls von einem „Fehler des Westens, Georgien und der Ukraine 2008 die Vorstufe zu einer Nato-Mitgliedschaft anzubieten“, der einen „Affront gegen Russland“ dargestellt und im Ergebnis zur „Invasion Russlands in Georgien“ geführt habe, was „damals schon den Angriff auf die Ukraine

USA zu nutzen, um „die Feinde Amerikas vernichtend zu schlagen“ und die Streitkräfte in Stand zu setzen, jederzeit Gegner abschrecken oder besiegen zu können, auch wenn sie sich noch nicht „zu Herausforderungen entwickelt“ haben¹⁶. Die radikalliberal- internationalistische Richtung mit ihrem *mindset* der Identifizierung des Westens mit dem demokratischen Guten, das das autokratische Böse eindämmen und daher international für Freiheit kämpfen müsse, negierte, dass es überhaupt ein Sicherheitsdilemma gab.

Beide Denkrichtungen ermächtigten in der Eigenwahrnehmung zu einer konfrontativen Außenpolitik. Auf die Ukraine bezogen, resümierte John Mearsheimer in der September/Okttober-Ausgabe 2014 von *Foreign Affairs*, nicht Putin, sondern der Westen trüge die Hauptschuld an der Krise. Diese sei vor allem der Kurzsichtigkeit und Fehlerhaftigkeit seiner Erweiterungs- politik und der personellen und finanziellen Unterstützung von Kräften zu danken, die gegen die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine agierten – in der Hoffnung, nicht nur die Ukraine schneller zu „verwestlichen“, sondern hierüber auch in Russland solche Prozesse beschleunigen zu können¹⁷. Den Coup gegen Janukowytsch und für die Einsetzung von Jazenjuk als Regierungschef hätten die USA befürwortet und unterstützt. „Kein russischer Führer könnte es tolerieren, dass eine militärische Allianz,

vorausahnen“ habe lassen (James D. Bindenagel, „Putins Angst“, *Süddeutsche Zeitung*, 3.9.2014, S. 2).

- 16 Nuclear Posture Review Report (2002), Submitted to Congress on 31 December 2001. 8 January 2002. Es gehe darum, die nuklearen und konventionellen Kapazitäten mit Blick auf alle „unmittelbaren, möglichen oder unerwarteten Eventualitäten“ auszubauen (16). In der von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld unterzeichneten Einleitung heißt es, die Breite militärischer Fähigkeiten müsse nuklear wie nicht-nuklear schon darauf gerichtet sein, „to dissuade states from undertaking political, military, or technical courses of action that would threaten U.S. and allied security.“ Donald Rumsfeld, *Vorstellung der US-Strategie an der National Defense University*, 31.1.2002., <http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>. Die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in der Administration von Donald Trump knüpfen genau an diese Strategie an.
- 17 Mearsheimer verweist u. a. auf Gershman 2014 (Carl Gershman, „Former Soviet states stand up to Russia. Will the U.S.??“, *The Washington Post* (26.9.2013). http://www.washingtonpost.com/opinions/former-soviet-states-stand-up-to-russia-will-the-us/2013/09/26/b5ad2be4-246a-11e3-b75d-5b7f66349852_story.html (abgerufen am 8.3.2016)): „Russian democracy also can benefit from this process. Ukraine’s choice to join Europe will accelerate the demise of the ideology of Russian imperialism that Putin represents. (...) Russians, too, face a choice, and Putin may find himself on the losing end not just in the near abroad but within Russia itself.“

die bis vor Kurzem noch ein tödlicher Feind Moskaus war, in die Ukraine geht“, aber alle Warnungen von russischer Seite wären in den Wind geschlagen worden¹⁸.

Die Eskalation kam in der Tat nicht wie ein chemischer Prozess, in dem das Aufeinandertreffen von Elementen wie von selbst Reaktionen auslöst; sie wurde vielmehr von bestimmten Akteuren gesteuert und vorangetrieben. Victoria Nuland (verheiratet mit einem der Vordenker der „neokonservativen Wende“ in der US-Politik unter G. W. Bush, Robert Kagan) ist Ausdruck und einer der personellen Katalysatoren des beschriebenen radikal-geopolitischen Trends in der US-amerikanischen Außenpolitik seit Anfang der 2000er Jahre. Seit 1984 im Foreign Office tätig, als Diplomatin u. a. in China und Russland stationiert, war sie in den ersten beiden Jahren des Irak-Kriegs, von 2003 bis 2005, sicherheitspolitische Beraterin von Vizepräsident Dick Cheney. Von 2005 bis 2008 war sie Repräsentantin der USA bei der NATO in Brüssel und in dieser Funktion wesentlich an der Vorbereitung der von den USA vorangetriebenen Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die Allianz beteiligt, die aus Washingtoner Sicht auf dem Bukarester Gipfel im April 2008 beschlossen werden sollte, aber von Deutschland und Frankreich blockiert wurde. Von 2011 bis 2013 fungierte sie als Sprecherin des US-Außenministeriums.

Aus der Zeit ihrer Tätigkeit bei der NATO in Brüssel stammt ihre enge Zusammenarbeit mit ukrainischen Politikern wie Julija Tymoschenko und Arseni Jazenjuk sowie dem georgischen Staatspräsidenten Micheil Saakaschwili. Saakaschwili unterlag im August 2008 der falschen Annahme, die NATO werde notfalls seinen Feldzug zur Wiedergewinnung der abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien sekundieren. Die militärische Unterstützung Moskaus für Abchasien und Südossetien beendete den Krieg innerhalb weniger Tage. Nicht zuletzt deswegen verlor Saakaschwili immer mehr an innenpolitischem Rückhalt und emigrierte nach Ende seiner Amtszeit 2013 in die USA.

Zu dieser Zeit – im November 2013, nach dem EU-Gipfel in Vilnius, auf dem das von Brüssel und Kiew vorbereitete Assoziationsabkommen nicht zustande kam – begann die politische Krise in der Ukraine. Wenige Wochen zuvor, im September, hatte Victoria Nuland ihr neues Amt als Vize-Außenministerin, zuständig für Europa und Eurasien, angetreten. Sie war eine derjenigen, die von Washingtoner Seite an vorderster Stelle

18 Mearsheimer 2014 (siehe Fußnote 15).

Einfluss nahmen auf die politische und personelle Entwicklung in Kiew. Im Dezember versicherte sie, dass die USA alles in ihrer Macht stehende täten, damit die Ukraine die Zukunft bekäme, „die sie verdient“. Seit 1991 seien bereits fünf Milliarden Dollar in dieses Ziel investiert worden¹⁹.

In dem im Februar 2014 abgehörten, von russischen Quellen veröffentlichten und notorisch zitierten Telefonat mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, wird deutlich, dass sie selbst aktiv auf die Zusammensetzung einer künftigen ukrainischen Regierung nach Janukowytsch und die Besetzung der Position des ukrainischen Ministerpräsidenten mit Arseni Jazenjuk Einfluss nahm²⁰. Das Telefonat wurde am 4. Februar 2014 auf You Tube gestellt, d.h. zweieinhalb Wochen bevor die gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Maidan am 22. Februar zur Flucht des bis dato Premiers Janukowytsch führten.

Anfang 2015 kehrte auch Micheil Saakaschwili auf die politische Bühne zurück: Er wurde als Berater von Präsident Petro Poroschenko nach Kiew berufen und nahm die ukrainische Staatsbürgerschaft an. Ende Mai 2015 wurde er zum Gouverneur des bedeutsamen Oblast Odessa ernannt. Das „Georgische Team“, eine ganze Gruppe ehemals enger Mitarbeiter und Funktionsträger des vormaligen Staatschefs in Tiflis, viele davon aus den USA und anderen westlichen Ländern eingeflogen, übernahm eine ganze Reihe wesentlicher Positionen auf der lokalen, regionalen und zentralen Ebene in der Ukraine.

Vom Bürgerkrieg über den Stellvertreterkrieg zur Selbstinszenierung als Supermächte und Verteidiger der Freiheit in einem neuen Kalten Krieg

Dieser Prozess und seine Verflechtungen bestätigten in der Wahrnehmung Moskaus die in den Jahren zuvor verfestigte Ansicht, es gehe „dem Westen“ um eine Ausdehnung von Einflussphären, um ein weiteres und definitives Heranrücken – zunächst der EU, dann der NATO – an die russischen Grenzen, und zwar mit allen Mitteln, d.h. mit Hilfe und durch Unterstützung lokaler radikal-oppositioneller wie externer Kräfte, also um einen *Regimechange*. Die Auftritte nicht nur europäischer Politiker, sondern auch aus den USA, u. a. von Senator John McCain bereits am 15. Dezember

19 Vgl. ebd.

20 Марионетки Майдана (veröffentlicht 4.2.2014): <https://www.youtube.com/watch?v=MSxaa-67yGM> (abgerufen am 22.03.2017).

2013 und US-Außenminister John Kerry Anfang März 2014 auf dem Maidan, zusammen mit Versicherungen, man werde die Ukraine auf ihrem Weg ins transatlantische Bündnis unterstützen und dafür auch Geld zur Verfügung stellen; der vom Westen unterstützte Machtwechsel in Kiew am 22. Februar 2014 und die Einsetzung einer Regierung mit zweifelhafter Legitimität; die Anerkennung dieser Regierung durch die EU bereits zwei Tage später; eine Übergangsregierung, die auf unterschiedliche Orientierungen und Einstellungen vor allem im Osten und Süden des Landes wenig Rücksicht zu nehmen schien und nach der Flucht von Janukowytsch ihre Auffassungen und Interessen in der Tradition des bisherigen Nullsummenspiels um die Macht durchzusetzen suchte²¹; die eilig für den 21. März 2014 angesetzte Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziationsabkommens mit der EU²²; die Auflösung der Ordnung in der Ukraine; die Unruhe auch in der Armee über den Westkurs der Übergangsregierung; dann die Unabhängigkeitserklärung des Parlaments auf der Krim mit ihren mehrheitlich russisch-sprachigen Bürgern, die Idee eines Referendums auf der Krim und das Überlaufen ukrainischer Truppenteile²³: Diese Entwicklung eröffnete die Chance für Moskau, nun seinerseits nicht mehr nur gegen die Expansion der anderen Seite zu protestieren, sondern auch selbst praktische Geopolitik zu machen und die 1954 vom sowjetischen Parteichef Chruschtschow als Symbol der jahrhundertelangen Verbundenheit der Ukraine und Russlands seit der Gründung der Kiewer Rus an die Ukraine geschenkte Insel zurückzuholen.

Die Vereinnahmung der Krim war so für Moskau alles Mögliche²⁴: Befriedigung des Bedürfnisses, wieder einmal nationale Größe zu zeigen; Genugtuung, nach 25 Jahren empfundener Demütigung durch den Westen

21 Vgl. Süddeutsche Zeitung (6.8.2014): „Mein Nachbar, der Homo Sovieticus“, S. 9; zur Sprachgesetzproblematik siehe Gerhard Simon, „Zusammenbruch und Neubeginn. Die ukrainische Revolution und ihre Feinde“, *Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg*. Osteuropa, Heft 5–6/ Mai–Juni 2014, S. 9–40, S. 34f.

22 Am gleichen Tag ratifizierte der russische Föderationsrat den „Beitrittsvertrag“ mit der Krim. – Der wirtschaftliche Teil des EU-Assoziationsabkommens wurde von Kiew am 28. Juni 2014 unterzeichnet. Vgl. European Union (2014), *EU-Ukraine Association Agreement – the complete texts*, http://ec.europa.eu/ukraine/association/association-2013_en.htm (abgerufen am 10.8.2014).

23 Zu historischen, politischen und rechtlichen Aspekten der „Krim-Krise“ siehe Otto Luchterhandt, „Die Krim-Krise von 2014. Staats- und völkerrechtliche Aspekte“, *Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg*. Osteuropa, Heft 5–6/ Mai–Juni 2014, S. 61–86.

24 Vgl. Putin 2014 (siehe Fußnote 14).

ein *fait accompli* zu setzen, dem die „pro-westliche“ Führung in Kiew und ebenso der Westen im Wesentlichen nur hilflos zuschauen konnten; die Korrektur des „historischen Fehlers“ Chruschtschows, der russisches Territorium in den Augen vieler Russen einfach verschenkt hatte; und auch Vergeltung für eine zunehmend antirussische Politik und Rhetorik von Teilen ukrainischer Eliten, die gleichzeitig nicht einmal Verträge einhielten und sich angesichts fehlender Gelder zur Bedienung von Schulden auch an russischen Gaslieferungen vergriffen.

Die Unterstützung Moskaus und der auf der Krim (aufgrund eines Stationierungsabkommens) lozierten russischen Streitkräfte für diese Unternehmung und der darauf folgende Beschluss der Duma in Moskau, dem Antrag des Krim-Parlaments auf Beitritt zur Russländischen Föderation zuzustimmen, bedeutete im Ergebnis nicht nur die völkerrechtswidrige Annexion eines zu einem anderen Staat gehörigen Territoriums. Diese Maßnahmen stellten einen nächsten maßgeblichen Schritt in der innerukrainischen wie internationalen Eskalation der Krise dar. Die Moskauer Krim-Entscheidung mobilisierte in der Ost- und Südukraine wie in Russland jene Kräfte, die mit diesen Landesteilen ähnlich verfahren wollten wie mit der Krim. Außerdem gab es genügend Anzeichen, dass auch hier Moskau Unterstützung leisten würde: die nationalistische Aufwallung in Russland, die verbreitete Auffassung, man dürfe „die eigenen Leute“ im Osten und Süden der Ukraine nicht im Stich lassen, die Massierung russischer Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine, die Stellungnahmen aus Moskau zum Konflikt, die wie die Separatisten im Osten des Landes von einer faschistischen Machtübernahme in Kiew schwadronierten, die Beschuldigungen gegen den Westen, er wolle sich die Ukraine einverleiben usw. Zugleich weckten diese Entwicklungen entsprechende Befürchtungen in Russlands „nahem Ausland“.

Extern verloren diejenigen an Einfluss, die eine internationale Vermittlung und eine diplomatische Lösung des Konflikts anstrebten. Die Auseinandersetzung fokussierte sich in der Folge wieder auf eine Akteurskonstellation, die an den Kalten Krieg erinnerte, nämlich Washington und Moskau, während die EU – in den Bemühungen um eine Moderation vor allem von Berlin repräsentiert – ins politische Hintertreffen geriet. In Russland wurden diejenigen lautstärker, die von einem *Noworossija* in der Größe eines Drittels des ukrainischen Staatsgebiets träumten und die eine verstärkte Aufrüstung und Unterstützung der Separatisten forderten. Der Abschuss eines Passagierflugzeugs der Malaysian Airlines über den abtrünnigen Gebieten am 17. Juli 2014 mit fast 300 Opfern, für den seitens

des Westens die Separatisten und Moskau verantwortlich gemacht wurden, veranlasste die EU, verschärfte Sanktionen gegen Russland zu verhängen²⁵. Dort wiederum hatte sich die Stimmung weiter radikalisiert. Die Duma schien nur mehr aus zwei Fraktionen zu bestehen: einer nationalistisch-revisionistischen, die auf weitere Gebietsnahme drängte, und einer „neorealistischen“, deren Strategieentwicklung vor allem von dem Motiv gespeist war, nicht zuzulassen, dass die Ukraine in die NATO aufgenommen wird und die in ihrer Mehrheit eine weitere Okkupation ukrainischen Gebiets für kontraproduktiv hielt²⁶.

Die von Washington offenkundig gewollte Existenzialisierung der Krise im Sinne einer Entscheidung darüber, ob die Ukraine „in Freiheit“ leben könne oder sich unter russischer Kuratel subordinieren müsse, manifestierte sich auch in der zunehmenden Zurückhaltung gegenüber den Waffenstillstandsforderungen von Seiten der EU und in der demonstrativen Unterstützung des neuen ukrainischen Präsidenten im Juli 2014, die militärische Eskalation zu suchen.

Die Diskreditierung Moskaus und Putins persönlich als Aggressor und eigentlichen Verursacher der Krise erfüllte neben der Legitimierung der militärischen Option freilich auch noch weitere Zwecke im Interesse der US-Außenpolitik. Auf dem Höhepunkt der NSA-Ausspähaffäre, die insbesondere in Europa heftige Verstimmungen hervorgerufen hatte, weil – wie Kanzlerin Merkel sich ausgedrückt hatte – „Ausspähen unter

25 Die Sanktionen im Kalkül US-amerikanischer Russlandpolitik (und ihre Kontraproduktivität) wären ein eigenes Kapitel wert. Die russische Seite antwortete mit Gegenmaßnahmen, während gleichzeitig asiatische, nordafrikanische und südamerikanische Länder sich beeilten, die Marktchancen zu nutzen und für den russischen Markt entstandene Lücken mit Exportangeboten an Russland zu füllen. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.8.2014): „Russland erwägt Importverbot für Autos“, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/russland-erwaegt-importverbot-fuer-autos-13103803.html?printPagedArticle=true> (abgerufen am 8.3.2016).

26 Eine gesonderte Darstellung würde ebenso die Instrumentalisierung der Krise durch die Moskauer Führung für eine Verschärfung der Politik gegenüber regierungskritischen Kräften verdienen, von der Debatte über die Gulag-Gedenkstätte „Perm 36“ bis zur weitergehenden Einstufung von NGOs als „ausländische Agenten“. Vgl. Süddeutsche Zeitung (30.7.2014): „Nato-Basis in Sibirien“, S. 10.; Deutsche Welle (17.8.2014): „Russlands Kampf gegen NGOs mit Auslandsbeziehungen“, http://www.dw.de/russlands-kampf-gegen-ngos-mit-auslandsbeziehungen/a-17849610?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html-newsletter (abgerufen am 8.3.2016)

Freunden – das geht gar nicht“²⁷, hatte man es nun mit einem altbekannten, gemeinsamen Feind zu tun, der nicht nur als Bedrohung für die Ukraine, sondern auch für die gesamte NATO dargestellt werden konnte²⁸.

Die schärfere Auseinandersetzung und die Abgrenzung von Russland als diktatorische und neoimperialistische Macht in der Ukraine-Krise war die Zuspitzung einer US-Strategie, die bereits seit der Aufnahme Edward Snowdons ins Moskauer Asyl Anfang August 2013 verfolgt worden war. Darüber hinaus wurden wieder verstärkt Forderungen an die europäischen NATO-Mitglieder gerichtet, ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen und nunmehr, mit dieser „neuen Bedrohung“ und einer „völlig veränderten Sicherheitslage“, die Landes- und Bündnisverteidigung im traditionellen Sinne zu verstärken²⁹. Die USA präsentierten sich als Beschützer nicht nur einer nach Freiheit dürstenden ukrainischen Nation, sondern auch wie zu Zeiten des Kalten Krieges als unabdingbarer Garant eines freien Europas und der „freien Welt“. Tatsächlich gab es in Europa nicht nur bei den überzeugten „Transatlantikern“ ein vernehmliches Echo auf die Krise in der Ukraine und die „entschiedene Haltung“ der US-Regierung dergestalt, dass „die historische und aktuelle Bedeutung der USA für die Freiheit Europas“ in Politik und Medien wieder herausgestellt wurde³⁰.

27 Vgl. Spiegel-Online (24.10.2013): „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht“, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/handy-spaehaffaere-um-merkel-regierung-ueberprueft-alle-nsa-erklaerungen-a-929843.html> (abgerufen am 8.3.2016); Marlies Uken, „Für Merkel geht Abhören unter Freunden gar nicht“, *Zeit Online* (24.10.2013), <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-10/eu-gipfel-datenschutz/komplettansicht> (abgerufen am 8.3.2016).

28 Mark Galeotti / Andrew S. Bowen, „Putin’s Empire of the Mind. How Russia’s president morphed from realist to ideologue -- and what he’ll do next“, *Foreign Policy Online* (21.04.2014), http://www.foreignpolicy.com/articles/2014/04/21/putin_s_empire_of_the_mind_russia_geopolitics (abgerufen am 8.3.2016); Stephen J. Hadley / Damon Wilson, „Putin’s takeover of Crimea is part of a larger strategy“, *Washington Post Online* (03.03.2014), http://www.washingtonpost.com/opinions/putins-takeover-of-crimea-is-part-of-a-larger-strategy/2014/03/03/a9cd5d7a-a2ec-11e3-84d4-e59b1709222c_story.html# (abgerufen am 8.3.2016).

29 NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen tat sich diesbezüglich besonders hervor. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (3.5.2014): „Rasmussen: Nato muss sich rüsten“, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/rasmus-sen-nato-muss-sich-ruesten-12921397.html?printPagedArticle=true> (abgerufen am 8.3.2016).

30 Vgl. Angela Merkel, Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor der U.S. Chamber of Commerce am 2. Mai 2014, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/05/2014-05-02-merkel-usa-handelskammer.html> (abgerufen am 8.3.2016);

Die Konsequenzen wurden schon auf dem NATO-Gipfel in Wales am 4. und 5. September 2014 sichtbar. An letzter Stelle der fünf Haupttagesordnungspunkte standen Afghanistan und der ISAF-Abzug zum Ende des Jahres. Die anderen Hauptthemen waren von der Ukraine-Krise und der „neuen Bedrohung“ durch Russland geprägt: an erster Stelle „die Bereitschaft, die kollektive Verteidigung wieder zu verstärken“ und entsprechend zu investieren; dann „die transatlantische Entschlossenheit zu demonstrieren“ und „die Wichtigkeit angemessener Niveaus von Verteidigungsausgaben zu betonen“; drittens die Beziehungen zu Russland sowie „stärkere Beziehungen zur Ukraine durch intensiviertere Kooperation“; schließlich die „Vertiefung von Partnerschaften und die Beibehaltung der NATO-Politik der Offenen Tür“³¹. Der neue Feind – dies das Resümee – verlange transatlantische Geschlossenheit, Aufrüstung und eine Feinplanung für die weitere Ausdehnung der NATO.

Die Ergebnisse des Gipfels in Wales entsprachen dieser Vorbereitung. 17 von 113 Paragraphen der Gipfelerklärung beschäftigten sich mit der Verurteilung Moskaus wegen seines Vorgehens in der Ukraine sowie der südlichen Peripherie Russlands. Diese und andere Gefährdungen der Sicherheit des Bündnisses würden keine Zurückhaltung in der Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten der Allianz mehr zulassen: „Die NATO benötigt nun mehr denn je moderne, robuste und fähige Streitkräfte mit hoher Reaktionsfähigkeit in der Luft, auf dem Land und zur See, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Wir sind entschlossen, unsere Fähigkeiten weiter auszubauen“³².

Deutsche Welle (11.4.2014): „Schäuble wirbt für transatlantische Partnerschaft.“, <http://www.dw.de/schäuble-wirbt-für-transatlantische-partnerschaft/a-17561570> (abgerufen am 8.3.2016); *Handelsblatt* (28.3.2014): „Krimkrise schweißt Europa und USA zusammen.“, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantische-zusammenarbeit-krimkrise-schweisst-europa-und-usa-zusammen/9673154.html> (abgerufen am 8.3.2016).

- 31 NATO: *NATO Wales Summit Guide*, http://www.nato.int/cps/en/natolive/news_112073.htm?utm_medium=email&utm_campaign=NATO+Summit+Guide&utm_content=NATO+Summit+Guide+CID_23d642c614ccf2d1cd230044679c340a&utm_source=Email%20marketing%20software&utm_term=here (abgerufen am 21.8.2014), 2014.
- 32 Weiter heißt es: „Dazu vereinbarten wir heute ein Verteidigungsplanungspaket mit einer Reihe Prioritäten; dazu gehören: die Ausweitung und Verbesserung von Ausbildung und Übungen, der Führung einschließlich der bei anspruchsvollen Lufteinsätzen, der Nachrichtengewinnung, der Überwachung und Aufklärung, der Cyber-Abwehr und der Fähigkeit der NATO zur Abwehr ballistischer Raketen

Angekündigt wurde ein „kohärentes und umfassendes Paket an erforderlichen Maßnahmen zur Reaktion auf die für die Bündnispartner belangreichen Veränderungen des Sicherheitsumfelds an den Grenzen der NATO“, die insbesondere infolge der „Herausforderungen durch Russland“ nötig würden.

Dieser „Aktionsplan“ beinhaltet die „regelmäßige Präsenz und bedeutende militärische Aktivitäten von Luft-, Land-, und Seestreitkräften im östlichen Teil des Bündnisses auf Rotationsbasis“. Im Rahmen der schon existierenden NATO Response Force würde eine „streitkräftegemeinsame NRF-Einheit in höchster Bereitschaft (VJTF)“ aufgestellt; „dieser neue Verband der NATO wird in der Lage sein, innerhalb weniger Tage disloziert zu werden, um auf Herausforderungen zu reagieren, die insbesondere an der Peripherie der NATO entstehen“³³. Dafür werde „ein angemessenes Hauptquartier und einige zu allen Zeiten feststehende Unterstützungselemente für Verstärkungskräfte in den Hoheitsgebieten der östlichen Bündnispartner“ geschaffen. Beschlossen wurde auch, „den Trend der rückläufigen Verteidigungshaushalte umzukehren, unsere finanziellen Mittel auf die effizienteste Weise zu nutzen und eine ausgewogenere Teilung von Kosten und Verantwortlichkeiten zu fördern“ und sich „innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent (des jeweiligen BIP, d.A.) zuzubewegen, um ihre NATO-Fähigkeitenziele zu erreichen und Fähigkeitslücken der NATO zu schließen“.

Die geforderte Fortführung der „Politik der offenen Tür“ schlug sich in der Erklärung in der expliziten Nennung Georgiens, Montenegros, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als Aufnahmekandidaten nieder.³⁴

im Einklang mit den auf den Gipfeltreffen 2010 in Lissabon und 2012 in Chicago gefassten Beschlüssen einschließlich der Freiwilligkeit nationaler Beiträge sowie die Verbesserung der Durchsetzungsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit unserer Landstreitkräfte für die kollektive Verteidigung und die Krisenreaktion“ (NATO: *Gipfelerklärung von Wales. Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Wales*, veröffentlicht am 5. September 2014, <http://www.nato.diplo.de/contentblob/4325924/Daten/4619505/gipfelerklaerungwales.pdf>, 2014 (abgerufen am 8.3.2016); daraus auch die folgenden Zitate bzw. Angaben).

33 Beteiligt sein sollen unter britischer Führung dänische, estnische, litauische, niederländische und norwegische Truppen. Dem Verbund sollen 10.000 Soldaten aus Bodentruppen, Luftstreitkräften, Marineeinheiten und Spezialkräften angehören.

34 Dem gegenüber wird in einem einzigen, weit hinten platzierten, neunzeiligen Absatz (§101) die „Zusammenarbeit der NATO mit den Vereinten Nationen“ erwähnt. Lapidar heißt es, dies stärke die internationale Sicherheit, und die Mitglieder Allianz würden „unseren regelmäßigen politischen Dialog in Bereichen

Festzuhalten bleibt: Nach Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und anderen weniger spektakulären Fällen ist die Ukraine ein weiteres Beispiel dafür, wie die Chancen, die das Ende des Kalten Krieges geboten hat, verspielt und stattdessen neue Probleme kreiert wurden. Der Verantwortung und den Herausforderungen, die die Schaffung neuer nationaler und internationaler Ordnungssysteme nach dem Zusammenbruch von Kommunismus und bipolarer Weltordnung bedeuteten, waren die zuständigen Politiker offenkundig nicht gewachsen. Nähme Moskau eine maßgebende Position in einer neuen Weltordnung ein, wäre nicht weniger Geopolitik zu erwarten als vom Westen. Das legen die dominanten Muster außenpolitischen Verhaltens in der russischen Geschichte und die Schablonen nahe, die aktuell die Moskauer Politik bestimmen. Von anderen europäischen Politikern konnte infolge der Erfahrungen mit zwei Weltkriegen, die sich hauptsächlich auf europäischem Boden abspielten, und mit dem Scheitern jeweils nachfolgender Versuche, funktionierende regionale und globale *security communities* zu schaffen, nach einem jahrzehntelangen Kalten Krieg mehr erwartet werden.

Eine längerfristige Änderung im außenpolitischen Habitus und in den Einstellungen der politischen Führung Moskaus in Richtung mehr Kooperation, weniger Geopolitik wäre nur in einem dementsprechend veränderten Umfeld, d. h. durch institutionelle Festschreibungen und Einbindungen Moskaus möglich gewesen. Es gab dazu Ansätze, sowohl von russischer als auch von westeuropäischer Seite, und es gab ein *window of opportunity* infolge der Stärkeposition des Westens und seiner anfänglichen Dominanz bei der Setzung von Regeln für eine postbipolare Ordnung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die von einigen westlichen Politikern und Experten propagierte „gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur“ am Anfang der 1990 Jahre stand für diese Strömung.

Die historische Chance wurde verspielt. Die institutionelle Einbindung Moskaus wäre nämlich mit einer Selbstbindung verbunden gewesen – aber genau dies suchten vor allem US-amerikanische Politiker zu vermeiden,

von gemeinsamem Interesse (begrüßen)“. Außerdem sei man „entschlossen, Wege zu ergründen, wie wir mehr praktische Unterstützung für Friedensmissionen der Vereinten Nationen“ leisten könnten. Ein siebenzeiliger Absatz erwähnt auch die OSZE (§107). – Ein Jahr später, im Dezember 2015, wurde Montenegro als erstes der genannten Länder offiziell von der NATO eingeladen, die Mitgliedschaft vorzubereiten. Von Februar bis Mai 2016 wurden die abschließenden Beitrittsverhandlungen geführt. Die Ratifikation der Mitgliedschaft durch die 28 Allianzmitglieder wurde bis Frühjahr 2017 erwartet.

freilich im Verbund mit einer ganzen Reihe gleichgesinnter europäischer Politiker. Und diejenigen Funktionsträger in Europa, die anders dachten, konnten auch deswegen kaum Einfluss nehmen, weil sie sich entweder nicht zu widersetzen wagten oder aus Opportunitäts- und Loyalitätsgründen schwiegen. So wurde – und der Titel von Brzezinskis Buch „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives“ trifft das Verhalten maßgeblicher Akteure in Washington genau – jenen geopolitischen Spielern das Feld überlassen, die die Welt als großes Schachbrett und sich selbst als die Herren und Vordenker des „königlichen Spiels“ mit Ländern und Kontinenten sehen. Und damit setzten sich jene durch, die alle Anderen als verfügbare oder willig zu machende Figuren betrachten, die es richtig zu bewegen gilt, damit der jeweilige Gegner schachmatt gesetzt wird und der eigene König siegt.

Die Syrien- und Nahostkrise kulminierte 2015/16 in einer gewaltigen Flüchtlingskrise mit manifesten Konsequenzen insbesondere für europäische NATO-Länder. Paradoxerweise könnte dies bewirken, einer Verständigung zwischen Russland und dem Westen in Bezug auf die Ukraine einen gesichtswahrenden Rahmen zu verleihen, der Absprachen und Kompromisse leichter machen könnte. Außerdem ließ in Moskau die Fokussierung auf den militärischen Einsatz in Syrien, das Abflauen der Kampfhandlungen im Südosten der Ukraine und die Gewöhnung an den mehr oder weniger *frozen conflict* sowie natürlich auch Ermüdungserscheinungen, was die Beschäftigung mit dem Thema anbelangt, den auf die Ukraine bezogenen russischen Nationalismus etwas in den Hintergrund treten.

Auf der anderen, der westlichen Seite spielte sich Ähnliches ab, wobei eben die Flüchtlingskrise und die damit einhergehenden sozialen und politischen Begleiterscheinungen und Implikationen die Ukraine als Hauptthemen ablösten. In der Ukraine selbst wurde die Neigung von Politikern, das separatistische Problem mit Gewalt zu lösen, geringer, weil schlicht die Ressourcen und zunehmend auch die Unterstützung dafür von außen fehlten. Eine einflussreiche Gruppe von Politikern, an ihrer Spitze Micheil Saakaschwili, positionierte sich immer deutlicher gegen eine militärische Lösung und schränkte damit den Spielraum der Nationalisten ein. Die Bereitschaft der Bevölkerung, sich für eine gewaltsame Lösung zu engagieren, war schon seit dem Herbst 2014 im Abstieg begriffen. Nicht zuletzt die Abhängigkeit der ukrainischen Führung von westlichen Hilfgeldern, ohne die das Land binnen Tagen bankrott wäre, zwang zu Kompromissbereitschaft.

Allerdings ist die Kontrolle über eine sukzessive Beruhigung der Entwicklung nur beschränkt gegeben. Das zeigen die immer wieder

aufflammenden Kämpfe entlang der Demarkationslinie zwischen der Ukraine und den selbsternannten „Volksrepubliken“ sowie die unzureichende Erfüllung des Minsker Abkommens. Welche Implikationen das von der Washingtoner Administration angestrebte neue Verhältnis zu Moskau für diesen Prozess haben wird, ist noch ungewiss.

Rekonstruktion geopolitischer Muster in den internationalen Beziehungen und europäischer Steuerungsverlust

Resümieren lässt sich, dass geopolitisches Denken und abgrenzende Kategorien in der US-amerikanischen Russlandpolitik und vice versa gegenüber Ideen und Maßnahmen kooperativer Sicherheit in den vergangenen zwanzig Jahren dominant geworden sind und damit auch die europäische Sicherheitsordnung negativ beeinflusst und beeinträchtigt haben. Unterschiedliche Interessenkonvergenzen, wie etwa die Bemühungen um Gemeinsamkeiten im Kampf gegen islamistischen Terrorismus oder Verhandlungen über einen „Atomdeal“ mit Iran oder über eine Beendigung des Krieges in Syrien, führten zu temporären Kooperationen und damit auch zu einer Abschwächung konfrontativen Verhaltens.

Auch versucht jeder neue Amtsinhaber einen „reset“, um seine positive Haltung und seinen Friedenswillen zu demonstrieren oder/und die Kooperationsbasis zu verbreitern. Aber insgesamt haben sich die geopolitisch-abgrenzenden Muster verfestigt. Nachfolgende Generationen von Politikern der Hauptprotagonisten werden so sozialisiert, dass sie die einschlägigen Mechanismen noch verstärken. Inwieweit das Verhältnis zu Russland und zu Europa verändert wird durch die Affinität des neuen US-Präsidenten zu autoritären Methoden, seine Abneigung gegenüber Multilateralität und internationalen Institutionen, seine Distanziertheit gegenüber der EU und seine Neigung, die Welt noch weniger als die Führung unter George W. Bush in Wertekategorien zu betrachten, sondern entlang der Unterscheidung zwischen ihm genehmen Freunden und von ihm definierten Feinden, wird sich erst im Laufe des Jahres 2017 genauer analysieren lassen.

Wie die vergangenen Jahrzehnte zeigen, gibt es fundamentale Paradigmenwechsel in der Außenpolitik nur, wenn das bestehende System kollabiert oder kurz davor ist dies zu tun. Dies passierte z.B. unter Michail Gorbatschow, der sich kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion der geopolitischen Konfrontationslogik entzog und dadurch zugleich zum Katalysator weltpolitischer Veränderungen wurde. Ein Kollaps interner wie

internationaler Beziehungsstrukturen ist gegenwärtig weder in Bezug auf die USA noch in Bezug auf Russland zu erwarten – viel eher allerdings in Bezug auf Europa. Nicht nur Europa, sondern auch die beiden anderen Akteure sind indes von einer Zuspitzung interner und externer Krisen sowie einer innenpolitischen Polarisierung und Radikalisierung bei offenkundig gleichzeitig abnehmender Krisenbewältigungskapazität charakterisiert. Dies lässt vermuten, dass erratische Elemente und Entwicklungen noch stärker als bisher politische Entscheidungsprozesse bestimmen und Legitimierungsstrategien wie Blaming & Bashing, Feindbildkonstruktion und Selbstvergewisserung durch Abgrenzung gegen das „böse Andere“ eher zu- als abnehmen. Der neue US-Präsident wird diesbezüglich von den meisten Beobachtern als ein extrem unkalkulierbarer Risikofaktor gewertet.³⁵

Kleinere Länder sind eher befähigt, alternative Strategien einzuschlagen, weil ihre Selbstpositionierung und ihr Rollenspektrum in den internationalen Beziehungen offener und flexibler sind. Diese Akteure sind aber gerade in Zeiten internationaler Krisen noch eingeschränkter als in Zeiten von „Normalpolitik“ in der Lage, das Verhaltensmuster von Staaten bzw. Staatsmännern zu beeinflussen, die sich für Weltmächte halten, welche die regionalen und globalen Regeln glauben setzen zu müssen. Dazu bedürfte es im Falle internationaler Krisen wie in der Ukraine oder dem Syrien-Krieg einer massiven Blockbildung von (im Falle der USA) Verbündeten und Freunden mit dem Ziel, großmachtgesteuerte Geopolitik durch kooperative und völkerrechtsbasierte Politikmuster zu ersetzen. Ein solches Kollektivverhalten aber ist unwahrscheinlich. Wie viele Beispiele zeigen, gibt es im Streitfall (siehe etwa Irak 2003 oder Libyen 2011) keine Einigkeit unter den Verbündeten: Ein Teil dieser Verbündeten sympathisiert selbst mit Großmachtambitionen und unterstützt bzw. will selbst Teil dieser Ambitionen sein. Darüber hinaus bzw. in diesem Kontext ist die „Politikverflechtungsfalle“ mit ihren Abhängigkeiten und Loyalitäten innerhalb gemeinsamer Organisationen – und zwar umso mehr, je höher der Verflechtungs- und Integrationsgrad ist – ein weiteres Hindernis für *Counterbalancing*.

35 Paradigmatisch Charles Lewis, Center for Public Integrity, Washington: „We’ve never seen anything this bizarre in our lifetimes, where up is down and down is up and everything is in question and nothing is real“. The New York Times International Weekly, 3.2.2017.

Die Idee nach dem Ende des Kalten Krieges, mit der Vertiefung der Europäischen Union und dem Aufbau einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik einen solchen Prozess befördern zu können, sind faktisch gescheitert. Nicht nur wegen der EU-internen Differenzen über Reichweite und Sinnhaftigkeit einer solchen Entwicklung, sondern simultan mit der Zurückgewinnung einer sicherheitspolitischen und militärischen Monopolstellung der NATO in Europa, bewirkt nicht zuletzt durch die immer weitgehendere Expansion gegen Osten und solcherart durch die Reaktivierung geopolitisch-abgrenzender Strukturen.

Damit wurde auch ermöglicht, was explizites Ziel US-amerikanischer Außenpolitik seit den 1990er Jahren ist: die postbipolare Absicherung der Vormachtstellung der USA in der Determinierung sicherheitspolitischer Beziehungsmuster international, aber auch in Europa. Vor dem Hintergrund dessen, was sich momentan an Krisen und politischen Entwicklungen in Europa abspielt und was den Zusammenhalt der Europäischen Union immer prekärer macht, scheint eine Trendwende in noch weitere Ferne gerückt.

Andererseits könnte eine Kumulation negativer Faktoren in Kombination mit einer veränderten politischen Konstellation in Europa auch einen Umschwung bewirken. Vieles hängt vom Verhalten und von der Auswahl politischer Eliten in Nordamerika und in Europa ab. Sollte sich die Entfremdung zwischen Washington und europäischen NATO-Mitgliedern wegen des US-amerikanischen Dominanzanspruchs, der Abneigung des neuen Präsidenten gegen multilaterale Strukturen (inklusive Vereinte Nationen) sowie diskrepanter Auffassungen über die Höhe militärischer Ausgaben verschärfen; sollte sich in London im Zusammenhang mit dem Brexit auch in sicherheitspolitischer Hinsicht eine Abkehr von Europa verfestigen; und sollten Wahlergebnisse im Jahre 2017 eine vertiefte Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland ermöglichen, dann wäre eine Richtungsänderung in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht ausgeschlossen. Die aufgezählten Eventualitäten, die durch eine ganze Reihe zusätzlicher Variablen zu ergänzen wären wie auch durch zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbare Imponderabilien umgekrempelt werden können, weisen vor allem auf eines hin: die Fortsetzung der Unsicherheit und der Unkalkulierbarkeit, die die post-bipolare regionale und globale Ordnungspolitik seit einem Vierteljahrhundert prägt.